Mediendienst

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Bundesvorstand - Pressestelle Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135 Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de www.igbau.de

16.03.2017 - PM 20/2017 Demografiegipfel

IG BAU: Mehr Rentner heißt, mehr Bedarf an bezahlbaren Wohnungen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert den Bau von deutlich mehr bezahlbaren und altengerechten Wohnungen. "Wir hinken dem Bedarf an Wohnraum für Normalverdiener immer noch stark hinterher. Für Haushalte mit niedrigem Einkommen sieht es auf dem Wohnungsmarkt schlecht aus. Dazu gehören schon jetzt viele Rentner – und bei der geplanten Rentenentwicklung werden es künftig noch mehr werden", sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger anlässlich des heute (für die Red.: 16. März 2017) von der Bundesregierung veranstalteten Demografiegipfels. "Der Anstieg der Baugenehmigungen zeigt zwar, dass das Problem erkannt ist. Jedoch reichen die Maßnahmen bei weitem noch nicht aus, um den Wohnungsengpass zu beseitigen. Vor allem muss berücksichtigt werden, dass nicht jede genehmigte Wohnung auch am Ende tatsächlich gebaut wird."

Nach den heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen für das Jahr 2016 stieg die Zahl der Baugenehmigungen auf 375 400. Bei Mehrfamilienhäusern gab es im Vergleich zu 2015 mit fast 27 Prozent den stärksten Zuwachs. Ein Plus verzeichneten auch Genehmigungen für Wohnungen in neu errichteten Gebäuden. Deren Zahl stieg um rund ein Fünftel gegenüber dem Vorjahr an. Für dieses Jahr gehen Schätzungen dennoch nur von kaum mehr als 300 000 neuen Wohnungen aus.

"Der demografische Wandel wird zu einem verstärkten Zuzug in Städte und Ballungsräume führen. Gerade ältere Menschen sind auf kurze Wege angewiesen. Die Nachfrage in Metropolen ist aber ohnehin schon riesig. Wir brauchen deshalb mindestens 400 000 neue Wohnungen pro Jahr", sagte Feiger. "Damit der Anreiz zum Bau von mehr bezahlbarem Wohnraum entsteht, muss die steuerliche Abschreibung von zwei auf drei Prozent angehoben werden. Gleichzeitig brauchen wir endlich verbindliche Entscheidungen, die sicherstellen, dass mehr Sozialwohnungen gebaut werden."

(1877 Zeichen)

